

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

erschient jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55 durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Inserate nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach, Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruchschappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 51.

Donnerstag, den 2. März 1905.

55. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Februar.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel „Staatssekretär“ und der dazu vorliegenden 20 Resolutionen, wird fortgesetzt.

Abg. **Pauß**-Botsdam (kons.) weist auf die schwere sozialpolitische Belastung des Handwerks hin. Eine noch höhere Belastung könne das Handwerk nicht tragen. Unerträglich sei für das Handwerk die Gefängnisarbeit. Die Gefängnisse beteiligten sich jetzt schon direkt an Subventionen und unterbötten da die Preise des kleinen Handwerks. Zutreffend habe schon gestern Erzberger bemerkt, daß im Handwerk die Behringsgüter abgenommen habe. Die Handwerkskammern seien aber darüber einig, daß das Vieviel in der Gefängnisarbeit nur von Fall zu Fall geregelt werden könne; denn beispielsweise müsse man sich in den kleinen Provinzialbetrieben öfter mit mehr jugendlichen Kräften befassen, weil die Gefellen von den großstädtischen Großbetrieben herangezogen würden. Redner zweifelt sodann die Möglichkeit der in voriger Session vom Staatssekretär gemachten Angaben über das durchschnittliche Einkommen im Handwerk an, speziell in der Tischlerei. Weiter polemisiert er gegen die Warenhäuser und Konsumvereine. Erstere nähmen dem Handwerker das Brot, namentlich auch die nicht steuerpflichtigen Beamten- und Offiziers-Warenhäuser. Diese müßten steuerpflichtig gemacht werden. Unrührlich sei ferner die Abhilfe des Bauhandwerks, Einführung des Befähigungsnachweises, wenn nicht sofort des allgemeinen, so doch zunächst zum mindesten des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk. Notwendig sei eine genaue Abgrenzung zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieben. Von einer Doppelbesteuerung für Handwerks- und Offiziers-Warenhäuser wolle auch er nichts wissen, aber gegenwärtig würden Betriebe, die offenbar Handwerksbetriebe seien, für die Handelskammern besteuert, statt für die Handwerkskammern. Redner erklärt dazu, seine Freunde würden der Resolution Eichhoff betreffend Zulassung der Oberrealschul-Abiturienten zu den ärztlichen Prüfungen zustimmen, ebenso einigen anderen Resolutionen, namentlich des Zentrums und der Freiständigen; dagegen lehnten seine Freunde entschieden die sozialdemokratische Resolution ab, in der Bestrafung derjenigen Arbeitgeber verlangt werde, die auf dem Wege der Verabredung mit anderen Arbeitgebern organisierten Arbeitern ihr Fortkommen erschweren. (Beifall rechts.)

Abg. **Eichhoff** (freis. Volksp.) tritt für die Zulassung der Oberrealschul-Abiturienten zu den Arztprüfungen ein.

Abg. **Bärentzen** (nat.-lib.) führt gegenüber Erzberger aus, daß der Hausierhandel für vereinzelte Gegenden eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, und befragt den Erlaß eine Automobilgesetz.

Staatssekretär **Graf Vosadowitsch** hält seine Angabe über die Einkommen-Verhältnisse im Tischlerhandwerk gegenüber Pauß aufrecht. Die Abgrenzung zwischen Fabrik- und Gewerbebetrieb sei schwierig und jedenfalls nicht auf dem Verwaltungswege durchführbar, sondern nur auf dem Wege einer Novelle zur Gewerbeordnung. Die Beteiligung von Reichsbeamten an der Verwaltung von Konsumvereinen müsse auf die allgemeine Leitung und Überwachung beschränkt bleiben. Ein Gesetzesentwurf betreffend Heimarbeit der Zigarrenarbeiter liege der preussischen Staatsregierung vor. Ueber Grundzüge für Vorschriften betreffend Unfallversicherung im Landwirtschaftsgewerbe habe man sich bereits geeinigt. Einzelne Berufsgenossenschaften haben schon solche Vorschriften erlassen. Er hoffe, daß auch die übrigen im wesentlichen noch in diesem Jahre nachfolgen werden. Der Resolution Eichhoff stehe man im preussischen Kultusministerium günstig gegenüber. Ob dies auch im Bundesrat der Fall sein werde, vermöge er nicht zu sagen. Seine Neuzerungen über Kapital-Assoziationen seien vielfach nicht richtig wiedergegeben worden. Er bleibe dabei, daß auf vielen Gebieten diese Assoziation heute gar nicht zu entbehren ist, wobei er allerdings zugebe, daß diese Assoziation auch ihre Schattenseiten habe. Mißbräuche, wie z. B. in Amerika mit seinen gewaltigen Trusts, beständen aber bei uns noch nicht. Ueber einen Entwurf betreffend Sicherung der Bauforderungen werde sich

das preussische Staatsministerium noch heute schlüssig machen. Eine Zustimmung des Bundesrates zu einem allgemeinen Befähigungsnachweis sei unbedingt ausgeschlossen. Unzweifelhaft sei auch die Mehrheit des Handwerks gegen einen allgemeinen Befähigungsnachweis. (Lauter Widerspruch rechts, sowie in der Mitte; Rufe links: Sehr richtig!) Eine andere Frage sei der Befähigungsnachweis im Baugewerbe. Die nächste Novelle zur Gewerbeordnung werde jedenfalls Bestimmungen enthalten, die den Uebelständen, die sich im Baugewerbe gezeigt haben, entgegenzutreten versuchen werden. Eine einheitliche Regelung des Fahrrad- und Automobilverkehrs für das Reich könne auf dem Verordnungswege erfolgen. Die Frage der Haftpflicht der Automobilbesitzer werde innerhalb der Reichsregierung eingehend erwoogen.

Abg. **Raab** (Antif.) wünscht Besserung der Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen und Versicherung der Privatbeamten. Die neue Seemannsordnung bewähre sich im allgemeinen gut. Auch gegen die Seebewerkschaften ließen sich nicht mehr so schwere Vorwürfe richten wie früher. Die Unfallversicherungskontrolle sei aber noch immer mangelhaft. Weiter tadelt Redner die Überlastung von Schiffsoffizieren. Im Hafen würden ihnen jetzt sogar buchhalterische Arbeiten zugemutet.

Abg. **Rachwitz** (freis. Vereinig.) gegen den allgemeinen Befähigungsnachweis sei ein großer Teil des Handwerks. Eine gesetzliche Abgrenzung von Fabrik und Handwerk sei dringlich nötig; denn zu beiden Arten von Kammern mit Beiträgen herangezogen zu werden, das vermöge auf die Dauer kein Gewerbe zu ertragen. Erforderlich sei auch eine Vermehrung des Gewerbeaufsichtspersonals, und zwar wäre das richtige eine Reichsgewerbeaufsicht. Wenn Wurm gestern sagte, daß die nationale Wehrkraft unter der industriellen Entwicklung leide, so werde damit nur Wasser auf die agrarischen Mühlen geleitet. Besonders dringlich sei der Ausbau des Koalitionsrechts, die Anerkennung der Berufsvereine; unerlässlich sei ferner eine Erweiterung des Verbandsrechts der Arbeiter auf die Umgestaltung der gesamten Arbeiterverhältnisse. Der Zehnstundentag für Frauen sei durchführbar, dagegen sei eine schematische Regelung des Arbeitstages für die männlichen Arbeiter nicht angezeigt. Zum Schluß begrüßt Redner noch die in den Beträgen mit Desterreich und Italien und in der bevorstehenden Berner Konferenz liegenden Ansätze zu internationalen Abmachungen über Arbeiterversicherung resp. weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes.

Abg. **Bruh** (Antif.) bemängelt das Lob, das Graf Vosadowitsch im Vorjahre der Kapital-Assoziation gesungen und auch heute nur wenig eingeschränkt habe, und spricht namentlich gegen die Warenhäuser, deren Raubsystem den ganzen Mittelstand zu Grunde richte. Hausierhandel sollte ausschließlich statthalt sein mit selbstgefertigten Waren. Sozialpolitische Gesetzgebung dürfe nicht nur in Arbeiterfürsorge bestehen, sondern müsse vor allem auch dem Mittelstande sich zuwenden.

Hierauf erfolgt Vertagung. Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr. — Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Aus dem Reiche.

Zum neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

Am Dienstag erfolgte im Auswärtigen Amt durch die Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen Amtes und dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Unterzeichnung einer Zusatzbestimmung zum neuen Handelsvertrag mit Desterreich-Ungarn, durch die der Termin für das Inkrafttreten dieses Vertrages vom 15. Februar 1906 auf den 1. März 1906 verlegt wird.

Englische Kuratel.

Bekanntlich hat sich vor wenigen Tagen der jugendliche Herzog von Koburg-Gotha mit der Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein verlobt. Zu der Tatsache, daß jetzt König Eduard von England seine Einwilligung zu der Heirat gegeben hat, schreiben unter obiger Ueberschrift die „Berl. Neuest. Nachr.“: „Die Einwilligung des Königs von England erfolgte mehrere Wochen nachdem sich der junge Herzog

verlobt hatte. Der König ist allem Anschein nach vorher nicht gefragt worden. Und das ist ganz in der Ordnung. Denn Herzog Karl Eduard ist deutscher Bundesfürst und kein Engländer. Seit Jahren zeigt er auch nicht die geringste Neigung, für einen Engländer gehalten zu werden. Es scheint aber, als ob König Eduard oder seine Ratgeber ein Bedürfnis hätten, die Zugehörigkeit Karl Eduards zum englischen Königshause ostentativ aufrecht zu erhalten, trotzdem sie alleräußersten Falles eine leere Formalität ist. Nur mit dem Bedürfnis, einen deutschen Bundesfürsten unter englischer Kuratel zu zeigen, erklären wir diese alles bisher Dagewesene hinter sich lassende nachträgliche Kundgebung. Erinnern wir uns im besonderen, daß das englische Hofjournal wiederholt für welfische Rechte eingetreten ist, so haben wir den Eindruck, daß in der Ausnützung verwandtschaftlicher Beziehungen zu dekorativer Oberstellung geradezu System liegt, dem auf keinen Fall in deutschen Landen Vorbehalt geleistet werden darf. Mögen die Fürsten in Briesen und unversöhnlichen Urkunden ihre gemeinsame Abstammung so viel markieren wie sie wollen! Das deutsche Volk aber verschone man mit diesen Dingen, die im zwanzigsten Jahrhundert nur noch als Ruinen aus der Zeit, da wir noch keine Nation waren, bestaunt zu werden verdienen.“

Aus Südwestafrika.

Die neuesten Meldungen lassen die Kriegslage in Deutsch-Südwestafrika in einem noch wenig günstigen Lichte erscheinen. Die Arbeit der Söldnikommandierende noch im Süden, die verrichten hat, dürfte seine Abreise nach der „Nat.-Ztg.“ weit hinausziehen. Sehr zu staten kommt es dem General, daß sein Gesundheitszustand — entgegen anderen Meldungen — ein ausgeglichener ist und ihm erlaubt, die Toppfützen in den Lagerten zu besuchen.

Gestern nachmittag wurde ein Truppentransport für Südwestafrika, bestehend aus 45 Offizieren, 5 Portepce-Unteroffizieren und 503 Unteroffizieren und Mannschaften, in Hamburg durch den kommandierenden General von Voch und Polach verabschiedet. Der Truppentransport, zu welchem 196 Pferde gehören, tritt heute abend mit dem Postdampfer „Professor Wörmann“ die Ausreise an.

Aus dem Auslande.

Das Chaos in Ungarn.

Angeichts der Tatsache, daß Kaiser Franz Joseph gestern den Grafen Tisza empfangen hat, um wahrscheinlich den ungarischen Reichstag zu vertagen, gewinnen die gestern von Franz Kossuth in der „Zeit“ veröffentlichten Erklärungen an Bedeutung. Kossuths Antwort auf die Frage: Was nun in Ungarn kommen wird? lautet: Das Chaos! Dann sagt er: Man hätte sicherlich Ordnung schaffen und Frieden stiften können, denn alle Vorbedingungen hierzu waren vorhanden: sämtliche Mittel und auch die loyale Verfassung die Feuerprobe nicht bestehen kann. Die koalitierte Opposition befindet sich in einer ansehnlichen Majorität. Ihr Programm ist vollkommen verfassungsmäßig, es enthält keinen antidemokratischen Teil, enthält absolut nichts, was mit dem Buchstaben oder mit dem Geiste der jetzt bestehenden Gesetze in Widerspruch stehen würde. Die Regierung würde keine aus der Unabhängigkeitspartei hervorgegangene, sondern eine Regierung der koalitierten Parteien sein. Aber Se. Majestät akzeptiert das Programm der Majorität nicht; von der Majorität des ungarischen Abgeordnetenhauses darf man auf moralischer Grundlage nicht fordern, daß sie mit einem anderen als mit ihrem eigenen Programm eine Regierung bilde. Die Situation in Ungarn ist zur Stunde die, daß infolge eines königlichen Vetos eine Regierung nicht werden kann. Es wird insoweit auch keine Indemnität, kein Budget und keine Retraten geben, bis der Monarch sich dazu entschließt, die Majorität aufzufordern, auf der Basis ihres eigenen Programms eine Regierung zu bilden.

Wirren in Rußland.

Nach aus Warschau verbreiteten Nachrichten hat die Ausstands bewegung auf die Landbevölkerung übergegriffen. In verschiedenen Orten Rußlands fordern die ländlichen Arbeiter Lohn-erhöhungen und haben sich, wo ihre Forderungen abgelehnt wurden, zu Ausschreitungen hinreißend lassen, indem sie in vielen Dörfern die Monopolmagazine stürzten, plünderten oder anzündeten. Dagegen scheint der Schülerstreik im Abflauen begriffen zu sein. Wenigstens wird aus Lodz und Tomza gemeldet, daß dort die Gymnasien wieder eröffnet worden sind; nur die polnisch-jüdischen Schüler bleiben dem Unterricht noch fern. Die Behörden drohen den Beamten mit Entlassung, wenn ihre Kinder ferner die Schule meiden. Ueber den Verlauf der Streikunruhen liegen noch folgende Telegramme vor:

Warschau, 28. Febr. Hinsichtlich der zahlreichen Angriffe, die von bewaffneten Personen auf Polizeibeamten ausgeführt werden, ist angeordnet worden, daß alle, die sich gegen die Sondervorschriften über den verstärkten Schutz vergehen, durch Kriegsgericht nach dem Kriegrecht abgeurteilt werden sollen. — Das Personal der Zweigbahnen Groetzky-Bilanowsky, Marlowsky ist in den Ausstand getreten; hingegen ist der Güterverkehr vom Süden über Granica und Sosnowice auch auf den Weichsellinien wieder aufgenommen. — Der Chef der Polizei demontiert die Nachricht vom Ausstand der Polizeibeamten. — In Lodz sind die Schlächter und die Arbeiter der Druckereien in den Ausstand getreten; letztere zum drittenmal.

Winn, 28. Februar. Die Zöglinge des Priester-Seminars veranstalteten aus Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Verwaltung Unruhen, verwüsten die Wohnung des Rectors und warfen alle Schriften und Dokumente ins Feuer. Der Unterricht hörte auf, die Seminaristen verließen die Stadt.

Wie uns ferner aus Moskau telegraphiert wird, ist in der Moskauer Vorstadt Marjina Sloboda eine Geheimniederlage von Revolvern, Bomben und Dynamit entdeckt worden. Der Mörder des Großfürsten Sergius soll seinerzeit aus Paris nach Moskau gekommen und Techniker sein; sein Familienname ist immer noch nicht bekannt.

Die letzten Depeschen besagen:

Petersburg, 1. März. Das Ministerkomitee machte beim Schluß der Besprechungen über das Sektewesen zu den früheren Bestimmungen über die Rechte der Altgläubigen einige Zusätze, betreffend die Errichtung besonderer Kirchhöfe, Befreiung der Altgläubigen und ihrer Kinder von der Verpflichtung, dem Militär- und Schulgottesdienst beizuwohnen u. s. w. Ferner beschloß das Ministerkomitee, den Justizminister zu beauftragen, ein neues Strafgesetzbuch ausgearbeiten, entsprechend den Beschlüssen des Ministerkomitees über religiöse Verbrechen. Außerdem wurde die Frage der Aufhebung der Beschränkungen beraten, welchen die kleinrussischen Bibelübersetzungen unterworfen sind.

Barisun, 28. Febr. Die Hüttenarbeiter der Ural- und Wolgagelagschaft sind in den Ausstand getreten.

Auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz

Scheinen die Japaner immer weiter siegreich nach Norden vorzudringen. Jetzt heißt es schon, Kuronpaktin, der in seiner Rückzugslinie bei Tieling bedroht werde, wolle seinen bisherigen Stützpunkt Mukden aufgeben und eine neue Stellung bei Charbin einnehmen. Ob die Dinge wirklich schon so weit vorgeschritten sind, läßt sich aus den vorliegenden Meldungen nicht entnehmen, zweifellos aber erscheint die Lage des russischen Heeres sehr gefährdet. Ueber die Kämpfe der letzten Tage verzeichnen wir folgende Telegramme: